

Berichte

Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächtnisse. Kolloquium in Berlin

Ingo Materna

Diese Kooperationsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftungen Berlin und Brandenburg sowie des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung anlässlich des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Günter Benser fand mit etwa 120 Teilnehmern am 14. Januar 2011 in Berlin statt. Die Vorsitzenden der Stiftungen *Heinz Vietze* (Berlin) und *Siegfried Prokop* (Brandenburg) würdigten das Lebenswerk des Jubilars, seine jahrzehntelange Arbeit am IML beim ZK der SED und betonten seine wissenschaftliche und politische Rolle im Herbst 1989, als er sich kritisch und selbstkritisch mit der Vergangenheit öffentlich auseinandersetzte. Als erstmalig gewählter Direktor des neuformierten Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (Dezember 1989 bis 1992) versuchte er, neue, jedoch weiterhin marxistische Wege zu finden. Er hat großen Anteil an der Sicherung des Archivs und der Bibliothek des Institutes und deren schließliche Überführung ins Bundesarchiv. Mit persönlichen Bemerkungen schloss sich *Dietrich Staritz* (Karlsruhe) an: von der ersten wissenschaftlichen Begegnung mit Bensors Dissertation 1964 (Probleme der Strategie und Taktik der marxistischen deutschen Arbeiterpartei in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949) und Kontakten auf Ost-West-Konferenzen bis hin zu Bensors Versuchen, Auswege aus der mit dem Umbruch verbundenen Situation der marxistischen Geschichtswissenschaft zu finden, ohne zum „Wendehals“ zu verkommen.

Manfred Neubaus (Leipzig) widmete sich mit seinem Beitrag „Marx und Engels und die Pariser Kommune“ einigen Aspekten der direkten Demokratie, die in den 70 Tagen der Kommune-Existenz sichtbar wurden, wie der Einheit von legislativer und exekutiver Gewalt und dem allgemeinen Wahlrecht für alle Bürger – radikaldemokratische Elemente, die die Pariser Kommune zum Gründungsmythos der jungen internationalen Arbeiterbewegung werden ließen. Bekanntlich hat Marx in „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ die Kommune einerseits positiv und andererseits kritisch analysiert: als erste „Regierung der Arbeiterklasse“, die die alte „Maschi-

ne“ der „zentralisierten Staatsmacht“ nicht übernehmen konnte, sondern neue, radikaldemokratische Wege beschritt.

Annelies Laschitzka (wie der folgende Berlin) sprach in ihrem gemeinsam mit Eckhard Müller erarbeiteten Vortrag über „Rosa Luxemburgs Ideal von einer bewussten freien Selbstbestimmung der Volksmasse“. Mit gewohnter Präzision arbeitete sie Rosas ideale Vorstellungen von der Bewegung der Massen heraus und unterstrich deren Kritik am „parlamentarischen Kretinismus“ der führenden SPD-Gremien, die sich weitgehend auf den bürgerlichen Parlamentarismus beschränkten. Die Bedeutung der Parlamentsarbeit keineswegs negierend, hob Rosa Luxemburg die Eigeninitiative der Massen in der Russischen Revolution 1905 und dann in der Massenstreikdebatte hervor. Die Referentin machte mit einem bisher unbekanntem Vortrag Rosas im Januar 1914 vor der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über diese Problematik sowie über deren Auftreten im Parteivorstand bekannt, bei dem sie für eine engere Zusammenarbeit der Partei mit den Gewerkschaften plädierte. Mit großem Interesse wurde Laschitzkas Mitteilung aufgenommen, dass zum diesjährigen 140. Geburtstag Rosas ein weiterer Ergänzungsband mit bisher unbekanntem Schriften und Briefen erscheinen wird.

Ralf Hoffrogge nannte seinen Beitrag „Räte sozialismus als Traditionsbruch – Sozialismuskonzepte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1920“. Ausgehend von aktuellen Diskussionen darüber, was Sozialismus-Kommunismus sei, griff er auf die Tatsache zurück, dass Marx und Engels nicht die neue Gesellschaft beschrieben, sondern die alte Gesellschaft und deren Negation erörtert hatten – die neue Gesellschaft würde sich nach ihrer Auffassung aus der sozial-politischen Bewegung heraus entwickeln. Hoffrogge führte aus, dass Lassalle, Bebel, W. Liebknecht und Kautsky die Ziele der Arbeiterbewegung über bürgerlich-demokratische hinaus formulierten und Rosa Luxemburg das sozialistische Ziel durch das Zusammenwirken von Spontaneität und Organisation als erreichbar ansah. Die Revolutionen 1917/18 in Russland und Deutschland brachen die bis dahin bestehenden Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus durch spontane Entwicklungen wie die Rätebewegung. Diese beendete den Krieg und schuf neue Repräsentationsorgane gegen den bisher dominierenden Apparat, ließ jedoch kaum Vorstellungen erkennen, wie die sozialistische Gesellschaft zu organisieren sei. Die Rätebewegung sei indes ein bleibendes Vermächtnis.

Feliks Tych (Warschau) war gebeten worden, über „Solidarność und die politische Wende in Osteuropa“ zu sprechen. Die polnische Gewerkschaft Solidarność stellte er als eine Massenbewegung der Arbeiterbewe-

gung des 20. Jahrhunderts dar. Aus persönlichem Erleben schöpfend, erinnerte er an die Ereignisse von 1956, 1968, 1970 in den sozialistischen Ländern und vor allem in Polen und an die Unfähigkeit der regierenden sozialistisch-kommunistischen Parteien, die System-Probleme zu lösen. Die Solidarność habe in zwei Hauptphasen, nämlich 1980/81 und 1988/89, als Massenbewegung agiert, unterstützt von der katholischen Kirche und vom internationalen Kapital, geführt von polnischen Intellektuellen und einzelnen Arbeiterrepräsentanten. Dabei verwies Tych auf den Zusammenhang mit den grundlegenden Wandlungen in der UdSSR 1984/85 und in den folgenden Jahren. In den 90er-Jahren habe die Solidarność schließlich ihre Ziele wie ihre Grenzen erreicht.

Stefan Bollinger (Berlin) referierte über „Basisdemokratie und Verteidigung der Rechte abhängig Beschäftigter – was aus den Erfahrungen des 41. Jahres der DDR zu lernen ist“. Er wies nach, dass nach der politischen Wende 1989/90 mit dem Gewerkschaftsgesetz vom 6. März 1990 in den Betrieben der DDR faktisch das Betriebsverfassungsgesetz der BRD von 1976, die „Wirtschaftsdemokratie“ des DGB übernommen wurde, zu der es keine Alternative mehr gab.

Mit großem Interesse wurden die Ausführungen von *Peter Brandt* (Hagen) verfolgt: „Die antifaschistischen Ausschüsse des Jahres 1945 in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – eine historische Ortsbestimmung“. Ausgehend von der Feststellung, dass es 1945 weitgehende konzeptionelle Übereinstimmungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über eine antimonopolkapitalistische Distanzierung von der Weimarer Republik und eine kritische Haltung zu den Fehlern von 1918 gab, ging der Referent auf das Wirken der antifaschistischen Ausschüsse bei der Bewältigung der Alltagsprobleme, für Sicherheit, für die Entnazifizierung von unten ein. Getragen wurden die Ausschüsse von früheren mittleren und unteren Arbeiterfunktionären, ehemaligen KZ-Häftlingen und Emigranten, auch von Vertretern der Mittelschichten. Im Westen lösten die Besatzungsmächte jedoch schon im Sommer 1945 die Ausschüsse auf. Im Osten nahm man Kurs auf ihre Eingliederung in die sich formierenden antifaschistischen Verwaltungsorgane, deren Aufbau „von oben“ erfolgte. Ein Rückhalt bei der Mehrheit der Arbeiterklasse war nicht gegeben, da diese mit der Besatzung nicht „Befreiung“ verband und viele negative Erscheinungen erleben musste. Zudem waren die Ausschüsse örtlich gebunden. Die spontane Bewegung wurde also bald durch die Besatzungsregime kanalisiert.

In der anschließenden Podiumsdiskussion formulierten die Teilnehmer kurze Thesen, die allerdings weder direkten Bezug zu einem der Vorträge

noch zueinander hatten: *Ulla Plener* (Berlin) über die schöpferische Rolle des Spontanen in den Basisbewegungen; *Andreas Diers* (Bremen) zu Wolfgang Abendroths Auffassungen von einer sozialen Demokratie; *Reiner Zilkenat* (wie der folgende Berlin) über basisdemokratische Bewegungen in der BRD und in Westberlin in den 60er- und 70er-Jahren und *Rolf Badstübner* über das Wirken der Besatzungsmächte in Ost und West gegen Basisdemokratie nach 1945. Eine themenbezogene Diskussion mit dem Auditorium kam aus Zeitgründen nicht zustande.

In seinem Schlussvortrag „Basisdemokratie gestern, heute und morgen“ spannte der Jubilar einen weiten Bogen von der antiken Demokratie bis zum differenzierten Demokratieverständnis unserer Tage. Während bürgerliche Kräfte seit 1848 die parlamentarische Demokratie verfochten, entwickelte die Arbeiterbewegung ein weiterreichendes Demokratieverständnis, das Wirtschaft und Gesellschaft einschloss. Ihr Kampf führte zu sozialen und politischen Fortschritten für die arbeitenden Menschen. Ausführlich widmete sich *Benser* den Schwierigkeiten der Zeit nach 1945. So sei es unmittelbar nach faschistischer Herrschaft und Krieg unmöglich gewesen, sich auf eine demokratische Massenbewegung zu stützen. Auch hätten die Besatzungsmächte das Wirken der sozialistischen Parteien beschränkt. Zugleich realisierten sich partiell basisdemokratische Bestrebungen in vielfach entstandenen Bodenreformausschüssen, Volksentscheiden, Elternvertretungen, Betriebsräten. Aber weder die SPD im Westen noch die SED im Osten orientierten sich an einer basisdemokratischen Gestaltung der Gesellschaft. Als Walter Ulbricht 1952 den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR proklamierte, erklärte er die Staatsmacht zu deren Hauptstütze. 1989 kamen die Hauptakteure nicht aus der Arbeiterbewegung, sie hatten ihre Wurzeln in pazifistisch und ökologisch orientierten Kreisen, in der Bewegung für Menschenrechte, getragen überwiegend von Intellektuellen. Diese hätten es dann allerdings nicht vermocht, demokratischen Fortschritt über die repräsentative Demokratie der BRD hinaus durchzusetzen. Die heutigen basisdemokratischen Bewegungen zeigen weiterführende alternative Ansätze, sind jedoch zumeist ohne dauerhafte Organisation und Strukturen. Die repräsentative Demokratie und basisdemokratische Bewegungen seien, so *Benser*, nicht eo ipso als grundsätzlicher Gegensatz, sondern als sich ergänzende gesellschaftliche Faktoren zu begreifen und zu fördern. Es ist vorgesehen, die wissenschaftlichen Ergebnisse des Kolloquiums, ergänzt durch einige weitere Beiträge, herauszugeben.